

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Kreistages am 24.06.2020 im Großer Saal des City-Forums Euskirchen, Hochstraße 39-41, Euskirchen

TOP 25 **Bildung eines Rettungsschirms für den ÖPNV / SPNV**
hier: Resolution der Fraktionen CDU und SPD **R 16/2020**

Fraktionsvorsitzender Grutke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die regionale Förderung absolut befürwortet werde. Er merkt an, dass die zügige Bearbeitung von Anträgen kein Kriterium für eine nachhaltige Entwicklung sei.

Fraktionsvorsitzende Stolz (CDU) erklärt, dass zwar eine Information der Landesregierung vorliege, die Resolution 16/2020 aber wegen ihrer wichtigen Signalwirkung aufrechterhalten werde.

Fraktionsvorsitzender Bell (DIE LINKE) teilt mit, dass DIE LINKE der Resolution zustimmen werde. Man würde sich wünschen, dass man sich für einen Rettungsschirm für Leistungsempfänger ALG-2 genauso einsetzen würde, weil diese ebenso unter der Krise leiden würden. Zu der zügigeren Bearbeitung von Baugenehmigungen führt Herr Bell aus, dass es am leichtesten sei, weiteres Personal einzustellen, er aber nicht sicher, ob das die Intention der Resolution sei.

Kreistagsmitglied Schmitz (SPD) führt aus, dass es Sinn der Resolution sei, die enormen Verluste im Rahmen des ÖPNV/SPNV ausgleichen zu können.

Fraktionsvorsitzender Grutke (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) berichtet, dass seine Aussage zur Nachhaltigkeit auf den Antrag 222/2020 bezogen war. Inhaltlich werde die Resolution 16/2020 unterstützt.

Fraktionsvorsitzender Schulte (SPD) stellt klar, dass mit der Resolution nicht die Forderung nach mehr Personal für die Bearbeitung von Bauanträgen verbunden sei.

Der Vorsitzende lässt über die Resolution 16/2020 abstimmen:

ÖPNV und SPNV benötigen nach Auffassung des Kreistages Euskirchen dringend die finanzielle Unterstützung von Bund und Land. Nur dadurch kann nach Meinung der Mitglieder des Kreistages das bestehende Angebot sowohl im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge als auch als Motor klimafreundlicher Mobilität in unserer Region aufrechterhalten werden.

Der Kreistag stellt dazu fest:

- Dem ÖPNV/SPNV in unserer Region drohen alleine in diesem Jahr durch Mindereinnahmen unseres regionalen Unternehmens RVK erhebliche finanzielle Mehraufwände.
- Ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Land besteht die Gefahr, dass Verkehrsleistungen im SPNV

- sowie im kommunalen ÖPNV reduziert werden müssen.
- Diese Entwicklungen würden die klima- und verkehrspolitischen Aktivitäten der vergangenen Jahre in unserem Raum konterkarieren und die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts erheblich schwächen.

ÖPNV und SPNV leisten nach Meinung der Mitglieder des Kreistages gerade in der derzeitigen Krisensituation ihren gesellschaftlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Mobilität in unserem Land. Sie sorgen u.a. dafür, dass Menschen in systemrelevanten Berufen ohne nachhaltige Einschränkungen ihre Arbeitsplätze erreichen können und versorgen die Bevölkerung mit dem gewohnten Mobilitätsangebot. Dieses Angebot wird aber z.Zt. nicht ansatzweise in dem vor der Krise gekannten Umfang nachgefragt.

Von daher richtet sich der Kreistag Euskirchen in einem dringenden Appell an die Landesregierung, im Sinne der kommunalen Gebietskörperschaften auch seitens des Landes einen Rettungsschirm für ÖPNV und SPNV aufzuspannen und die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel (2,5 Mrd. bundesweit) bzw. den sich daraus ergebenden NRW-Anteil um den Betrag zu ergänzen, der zum vollständigen Ausgleich der Corona bedingten Mindereinnahmen fehlt. Unsere Regionen brauchen nach Meinung des Kreistages mehr denn je ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrssystem, um attraktiv und zukunftsfähig zu bleiben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig